

Volks-Zeitung

Dezundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise
Der **Quartalspreis** bei postamtlicher
Anstellung 1.80 Mark, vierteljährlich
1.40 Mark, durch die Post 1.50 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
postamtlichen Anstellungen unter
emphatischen Zahlungsvorschlägen unter
Einzahlung eingegangene Monatshefte
wird keine Gewähr übernommen.
Bestellen Sie nur mit der Zeitung
"Volks-Zeitung" versehen.
Anzahl der Abnehmer 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4604.

Bezugspreise
Der **Quartalspreis** bei postamtlicher
Anstellung 1.80 Mark, vierteljährlich
1.40 Mark, durch die Post 1.50 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Annehm-
stellen a. allen Anzeigengeschäften
angenommen. Bestellen Sie die 95. und
beide Seiten 1.25 Mk. Anzeig-
geschäfts-Nr. 1142, Sonntag 1 mal. Schrift-
l. u. S. 1.
Bestellen Sie nur mit der Zeitung
"Volks-Zeitung" versehen.
Anzahl der Abnehmer 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4604.

Nr. 260.

Halle, Donnerstag, den 5. Juni.

1010.

Einschreiten des Reichsanwalts.

Haftbefehle gegen die Chylosen.

Bildung eines Ausschusses zur Verfolgung von Abpflitterungsverfälschungen.

Berlin, 5. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hatte am Montag den Reichsanwalt beauftragt, gegen die rheinischen Hochverräter vorzugehen. Der Reichsanwalt hat hierauf Haftbefehle gegen die ihm namentlich bekannten Verbrechen erlassen und die Zivilbehörden im besetzten Gebiet beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen. Die Regierung wartet zunächst den Erfolg dieser Maßnahme ab. Die Minister haben gestern in der Sitzung der rheinischen Abgeordneten der beiden Parlamente mitgeteilt, hat der französische Botschafter im besetzten Gebiet die Einsetzung von Verfahren wegen Hochverrats verboten und irgend welche Unternehmungen gegen die Republik gleichfalls untersagt. Ferner macht er die Entrempe neuer Beamter von der französischen Zustimmung abhängig. Beschlüsse wurde die Bildung eines Ausschusses, der aus 20 parlamentarischen Mitgliedern bestehen soll und die Aufgabe hat, alle auf Abpflitterung hingehörenden Vorgänge zu verfolgen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Der Ausschuss soll sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzen, die wie folgt in dem Ausschuss vertreten sind: Zentrum 7, Sozialdemokratie 2, Demokraten 2, Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Unabhängige 1.

licher und Gebetsfragen. Die amerikanische Presse bezieht sich auf die Rede als den ausgesprochenen Befürworter der Revolution.

Ein europäischer Streik geplant.

Paris, 5. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Laut "Le Petit Parisien" werden die Führer der englischen, französischen, und italienischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand zusammengekommen sind, in etwa 8 Tagen in Paris wieder zusammenzutreten, um den Arbeitereuropäer der drei Länder einen allgemeinen europäischen Streik von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sogenannten Führer beschließen, durch diese Resolution die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterklasse, sich gegen das Einschreiten in Rußland zu widersetzen, zu beweisen.

Streiks und Meuterei.

Keine vorläufige Hoffnung auf etwaige Beeinflussung des Friedensschlusses.

Paris, 4. Juni. Die Pariser Morgenpresse steht vollkommen unter dem Eindruck des gewaltigen Streiks, der allein in Paris und Umgebung sich auf 250 000 Metall- und Transportarbeiter erstreckt. Infolge dessen finden sich nur sehr wenige Betrachtungen über die Aufnahme der deutschen Gegenwärtigen. Da aber, wo die Blätter veruchten, über die Stimmung innerhalb der Entente etwas zu sagen, wurden sie von der Zensur daran gehindert. Besonders bezeichnend nach dieser Richtung ist "Chicago Tribune", dem die Schlagzeile, sowie ein vollständiger Artikel geschickt worden ist. Auch in Genesens "Somme libre" ist von einem Artikel nur die Ueberschrift, lautet: "Die Haltung der Alliierten" stehen geblieben. Man braucht kein großes Scharfsinn zu sein, um herauszufinden, daß, wenn die Stellungnahme des Biererrats zu den deutschen Gegenwärtigen einseitig wäre, der Konflikt des Jenseits nicht angesetzt hätte.

Abschied von der Zigarette?

(Von unserer Berliner Redaktion.)

In diesen Tagen, da alles unerwünscht teuer geworden ist, hat auch die, als unentbehrliche Zigarette eine Preissteigerung erfahren, die den Raucher nicht kopfzerbrechen bereitet. Es gibt lebensfähige Zigarettenmarken, die Monat für Monat gut und gern ein Drittel ihres Einkommens in Zigaretten ansetzen. Und es besteht keine Aussicht, daß sie billiger werden, keine. Den größten Schaden aber hat den Zigarettenrauchern dieser Lage eine Zeitungsmagazin bereitet, die da wissen wollte, daß die Zigarettenfabriken im Juli wegen gänzlichen Mangels an Rohmaterial den Betrieb einstellen müßten. Es könnte zwar Rohmaterial eingeführt werden, doch verweigerte die Reichsbank der schlechten Valuta wegen die Zahlungsmittel.

Wird es wirklich so weit kommen? Wird man wirklich vom Juli ab auf den geliebten "Glühmännchen" verzichten müssen? Nein, ganz so weit sind wir doch noch nicht, wenn es auch um die Lage in der Zigarettenindustrie nicht gerade rosig bestellt ist. Auf Grund eingehender Erörterungen sind wir in der angenehmen Lage, die Zigarettenraucher trösten zu können, wenigstens es nur ein schwacher Trost ist, den ich bieten kann.

Wie ist nun wirklich die Lage? Die deutsche Zigarettenindustrie verfuhr sich über einen Rohstoffmarkt, der — wenn die Herstellung sich in der bisherigen Größenordnung — bis Ende August reichen wird. Und die Zigarettenfabriken sind Optimisten, sie glauben fest daran, daß wir bis dahin den Frieden haben werden. Was nun der Friede ausheißt, wie er will, mag ihn Herr Schwedemann oder Herr Haase unter anderem, jedenfalls bringt es uns das Ende. Die Deckung der Grenzen. Für andere Industrien hat das sehr wenig zu bedeuten; denn sie haben keine Werte, die sie für ausländische Waren in Zahlung geben können, für die Zigarettenindustrie bedeutet aber die Deckung der Grenzen alles. Nicht etwa, daß sie allein plötzlich in der Lage wäre, ohne Währungsänderung große Tabakfabriken zu tätigen, nein, aber sie hat es gar nicht mehr nötig, Tabak zu kaufen. Die Zigaretten- und Einheitsgesellschaft hat bereits vor dem Zusammenbruch der bulgarischen Zoni große Mengen Zigaretten-Rohstoffe in Bulgarien angekauft, soweit bekannt ist, für etwa 100 Millionen Mark. Dieser Tabak ist, nach den neuesten Meldungen vom Balkan, von der Entente nicht überfordert worden und liegt für Deutschland zur Ausfuhr bereit. Sobald also die Grenzen geöffnet sind, kann dieser bereits bezahlte und daher von allen Wertschwankungen unabhängige Rohstoff eingeführt werden, so daß die Fabriken die Wollfabrikation sofort wieder aufnehmen können. Zurzeit müssen die Fabriken zum Teil nur noch ein Drittel ihres Friedenskontingents und um Ueberschüssen ist seit dem 9. November wohl kaum noch die Rede.

Die großen Zigarettenfirmen haben sich den neuzeitlichen Forderungen nicht verschrieben, sondern bereits kurz nach der Revolution die Arbeiterkräfte eingeführt und seit einiger Zeit auch die Angestelltenkräfte, mit denen sich die Auslage führender Produkte recht gut zusammenarbeiten läßt. Andererseits haben aber auch die Fabrikanten sich zumammengeschlossen. Angesichts der ganzen Weltlage waren sie sich einig, daß die Zigarettenindustrie nicht mehr wie früher dem freien Konturenkampfe ausgesetzt sein kann. Nach einigen „Wann“ und „Aber“, die auf der ersten Besprechung der Fabrikanten in Bad Nauheim, noch laut wurden, hat man doch einvernehmlich zu finden ist. So ist man daran gegangen, die Idee in die Tat umzusetzen. Das Reichswirtschaftsamt hat sich der Angelegenheit bereits angenommen und so soll dem in Kürze eine Außenhandelsstelle für das Gesamtgebiet der Tabakwirtschaft ins Leben gerufen werden, die alle Zweige des Gewerbes umfassen soll. Das Reichswirtschaftsministerium wird einen Reichsbevollmächtigten ernennen, Fabrikanten, Arbeiter, Angestellte, Agenten und Waffler werden ihrerseits einen Fünfererrat wählen, ja man will sogar den Verbrauchern in dieser Außenhandelsstelle einen Platz einräumen, so daß in Wahrheit alle Interessenten vertreten sein werden. Nach den vorläufigen Dispositionen wird diese Außenhandelsstelle am 4. Juni 1919 in Bremen ins Leben gerufen werden.

Was nun den hohen Preis der Zigaretten anbelangt, so können die Fabrikanten daran gar nichts ändern. Sie schreiben ihren Händlern die Preise vor, aber der Geschäftshandel, der sich auf der gesamten Ware bemächtigt, mag seine eigenen Preise und deshalb auch der Käufer die

Eine Bekanntmachung Mangins.

Auftragssetzung des § 81 StrGB.
Frankfurt a. M., 5. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Kommandant in Wiesbaden hat folgende Bekanntmachung erlassen:
Die militärischen Behörden zu verstehen gegeben, daß die kaiserliche Regierung strenge Maßnahmen ergreifen werde gegen diejenigen Deutschen, die auf irgendeine Weise ihre freie Meinung über die Bildung eines rheinischen Staates äußern. Diese Maßnahmen sollen sich stützen auf § 81 des deutschen Strafgesetzbuchs. Im Interesse der Ordnung, für welche die französische Militärbehörde verantwortlich ist, unterlag General Mangin die Anwendung aller Maßnahmen, die sich auf den oben erwähnten § 81 beruhen.

Die Entscheidung wieder verschoben.

Berlin, 5. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Während die Agency Havas ankündet, daß der Rat der Vier heute die Prüfung der Gegenwärtigen beenden und die der deutschen Delegation zu erziehende Antwort mitteilen wird, lauten die in Berlin eingetroffenen Mitteilungen dahin, daß die Antwort der Alliierten vor Mitte der nächsten Woche nicht zu erwarten sei und man auch dann mit einer erneuten Verzögerung rechnen müsse. Nach den jüngsten Berichten der amerikanischen Korrespondenten in Paris, deren Optimismus von Tag zu Tag steigt, ist diese Verzögerung in einem für Deutschland günstigen Sinne zu deuten. Die Korrespondenten berichten nach Amerika, im Rat der Vier sei die Auffassung der amerikanischen Delegierten durchgedrungen, daß man Deutschland in territorialer und in wirtschaftlicher Beziehung so weit zurückzuführen möchte, daß es der deutschen Regierung möglich ist, den Friedensvertrag zu unterschreiben und ihn vor der Nationalversammlung und dem deutschen Volk zu ratifizieren. In Paris werde jetzt an der genauen Formulierung dieser Zugeständnisse gearbeitet. Die amerikanischen Berichterstatter glauben, daß die Kritik in einem guten Sinne überhört sei, und daß man damit rechnen könne, die neuen Vorschläge der Alliierten würden die Deutschen befriedigen und zum Abschluss des Friedensvertrages führen. Die Meinung, daß die deutsche Delegation durch eine abschneidende Haltung der Alliierten zu einer Verweigerung der Unterschrift gezwungen werden würde, besteht nicht mehr.

Agno's 5. Juni. (Eigene Drahtnachricht.)

Der Sonderberichterstatter des "Corriere della Sera" in Paris meldet, daß die Revision des Friedensvertrags mit Deutschland als grundsätzlich beschlossene Angelegenheit. Selbst Frankreich ist jetzt bezüglich der Veränderung einiger Bedingungen nachlässiger gestimmt. Der erste Schritt für die Nachprüfung ist bereits getan. Vielleicht haben die starke Strömung in der öffentlichen Meinung und die Verhältnisse in Deutschland dazu beigetragen. Die Oberhäupter wollen die ursprüngliche Forderung hauptsächlich deshalb ändern, damit der deutschen Regierung die Unterzeichnung erträglich gemacht werden kann. Das Nachtricht, Wilson sei gegen jede Veränderung der Bedingungen, werde aus innerpolitischen Gründen auf die Vereinigten Staaten übertritten, wo man angeblich die höchste Rücksicht des Präsidenten erwartet, und durch die teilweise Hausaushebung der Verhandlungen eine längere Unterbrechung bedingt. Die amerikanischen Sonderberichterstatter hatten sich bereits versammelt, um ihre Richtlinien für die Revision zu bestimmen. Zahlreiche technische Punkte werden nun über die Veränderung der ursprünglichen

Zur Flucht des Oberleutnants Marlow.

Berlin, 4. Juni. In der Flucht des Oberleutnants Marlow erfahren wir von zuverlässiger Quelle: Nachdem die Unternehmung gegen den genannten Offizier wegen der Retrolen-Erklärung in der französischen Sache im wesentlichen abgeschlossen war, sollte am 1. Juni seine Verhaftung wegen Todesstrafe erfolgen. Der mit der Verhaftung beauftragte Kriegsoberleutnant trat in seiner Wohnung nicht an. Marlow ist wahrscheinlich mittags durch einen Offizier aus seiner Wohnung abgeholt worden. Die letzte im Laufe des Nachmittags am besten Ermittlungen Mißerfolg. Es sind unzutrefflich alle Maßnahmen zur Verhaftung Marlow getroffen worden insbesondere sind die Grenzüberwachungsstellen und die in Frage kommenden Polizeibehörden telegraphisch benachrichtigt. Die zuständigen Stellen werden aber nur, um Marlow zu lokalisieren, in der Lage zu sein, bis auch etwaige Anhaltspunkte der Flucht mit der besten Sicherheit der Flucht zu verhindern.

Ueber die vorläufige Antwort der Entente auf die deutschen Gegenwärtigen und über ihren vermuthlichen Inhalt berichtet der meist gutunterrichtete Pariser Berichterstatter der "Volks-Zeitung".

Die Betrachtungen des Autors für die Unterzeichnung des Friedensvertrages gehen weit auseinander. Der wachsende Einfluss der Sozialdemokraten hat gerade in letzter Zeit wiederholt hervorgehoben werden. Die Sozialdemokratie hat keinerlei Einfluss auf die Regierungsgewalt und wenn sie ihm noch gewinnen sollte, dann müßten die Dinge in Frankreich noch viel schlimmer kommen als sie tatsächlich jetzt sind. Man muß in Deutschland immer bedenken, daß die Romanen gegen sich sind, die Ereignisse mit schönen Worten zu beschönigen. Aus Basel geht uns kurz vor Redaktionsschluss noch folgendes Telegramm zu:

Zur Flucht des Oberleutnants Marlow.

Berlin, 4. Juni. In der Flucht des Oberleutnants Marlow erfahren wir von zuverlässiger Quelle: Nachdem die Unternehmung gegen den genannten Offizier wegen der Retrolen-Erklärung in der französischen Sache im wesentlichen abgeschlossen war, sollte am 1. Juni seine Verhaftung wegen Todesstrafe erfolgen. Der mit der Verhaftung beauftragte Kriegsoberleutnant trat in seiner Wohnung nicht an. Marlow ist wahrscheinlich mittags durch einen Offizier aus seiner Wohnung abgeholt worden. Die letzte im Laufe des Nachmittags am besten Ermittlungen Mißerfolg. Es sind unzutrefflich alle Maßnahmen zur Verhaftung Marlow getroffen worden insbesondere sind die Grenzüberwachungsstellen und die in Frage kommenden Polizeibehörden telegraphisch benachrichtigt. Die zuständigen Stellen werden aber nur, um Marlow zu lokalisieren, in der Lage zu sein, bis auch etwaige Anhaltspunkte der Flucht mit der besten Sicherheit der Flucht zu verhindern.

Wiederum Jägertruppen zählen, die jetzt dem Fabrikanten, wohl aber dem Schieber zugute kommen. Die Einfuhr von amerkanischer, englischer und französischer Schmelzwurste ist wohl dem reellen Händler, nicht aber den Fabrikanten Abbruch, dazu ist — bei der allgemeinen Materialknappheit — die Menge der gelandeten Ware zu gering.

Der Apatettenrotter kann sich also treffen. Seinen geliebten „Gargone“ braucht er für die nächsten Monate noch nicht zu missen, aber geringer an Tabak wird er meistlich werden und schwerer an Kasse. Das mag er mit in den Kauf nehmen.

Frankreich läßt Dorten fallen.

Wiesbaden, 4. Juni. Heute früh wurde einer sozialdemokratischen Abordnung die Erklärung abgegeben, daß den Franzosen an Herrn Dr. Dorten gar nichts liege. Nach der ganzen Schloße ist man von der Erklärung der rheinischen Republik sehr weit entfernt. Herr Dr. Dorten, der französische Kommandant, erklärte den Beiräten sämtlicher Parteien, außer der Zentrumspartei, die bei ihm um die Erlaubnis nachsuchen wollten, die deutsche Bevölkerung endlich über das Treiben dieser Feinde noch annehmen Regierung aufzuklären: Heute gibt es nur eine Gefahr! Gefahr gegen die Abordnungen der französischen Behörden. Um Mitternacht nachmittags 2 Uhr ab fuhr er für alle Sicherheit zu sprechen und dann Bantzen für die Meinung gegen und auch die französische Behörde voran: die diese tun können. Was das bedeutet, soll, was abgemacht werden. Einste Abordnung der Sozialdemokraten gegenüber, die die Freilassung der wegen Abtreiben der Protestation beschuldigten Leute verlangte, wurde diese Freilassung verweigert. Die Freilassung selbst ist aber bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Haltung der Wiesbadener Bevölkerung ist unangekündigt. Die Nachricht vom dem Abtritt des Landeshauptmanns der Gegend ist nicht. Er ist manhaft auf seinem Posten geblieben.

Der „neue Präsident“ — verschwunden.

Frankfurt a. M., 4. Juni. „Dorten ist nicht mehr dorten.“ So wird der „Frankf. St.“ aus Wiesbaden gemeldet: Dorten sollte die feierliche Einführung des neuen Präsidenten leitend sein, und nun sich schon englische und amerikanische Berichterstatter im Lande einfinden, während aber Herr Dorten selbst nicht erschienen, führen die Herren einstimmig zum französischen Kommandanten Oberst B. in der, der sie aber zu seinem lebhaftesten Bedauern nicht empfangen konnte. Bemerkenswert für die Haltung der Franzosen ist, daß sie sich stets weigerten, irgend eine Verbindung schriftlich zu geben.

Die „Kabinettsbildung“.

Mainz, 4. Juni. Die der „Neueste Anz.“ in Mainz, das Blatt, das bis bekanntlich in französischen Dienst gegeben hat, mittelt, werden folgende Herren die „Regierung der rheinischen Republik“ bilden: Vorsitz: Dr. Dorten, Justiz: Justizrat Adermann, Kunst und Wissenschaft: Klingenschmidt, Kultus: Oberlehrer Klaus Kremer, Volksbeauftragter: Arbeiterführer Kraemer, Finanzen: Amtsgerichtsrat Dr. Diebing, Inneres: Koelliker, Angelegenheiten, Landwirtschaft und Volkswohlfahrt: Matthias Salm.

Die französischen Behörden haben heute 40 Mainzer in Haft ausgesetzt. Als Grund diente der Schluß, daß sämtliche Ausgewiesene Parteiführer sind, und daß Mitglieder der Zentrumspartei, darunter auch solche, die sich am Streik mit beteiligt haben, von der Ausweisung nicht betroffen wurden. Der Präsident der heimlichen Landesversammlung Udelung soll nach Gerüchten vom Kriegesgericht vier Jahren Gefängnis verurteilt worden sein.

10 Millionen Bestechungsgelder aus Frankreich.

Karlsruhe, 4. Juni. Nach Meldungen aus Baden sind die französischen Behörden für die Bestechung im letzten halben Jahre 10 Millionen Bestechungsgelder, die für Propagandazwecke bewilligt wurde, auf über 10 Millionen Franz. Mark in Rheinland und in der Pfalz hat man bereits 10 Millionen an die Bestechung verabschiedet, von denen man eine Forderung der Bestechungsbeträge erhofft. Es steht außer Zweifel, daß eine Anzahl dieser Bestechungsgelder Staatsangehörigen, die in Baden, Mainz, Köln und Wiesbaden sich zu den Franzosen begeben wurden.

Weitere Vaterlandsverräter.

Karlsruhe, 4. Juni. Die hochverräterlichen Treibereien im letzten halben Jahre: denen für. Es wurde eine weitere Bestechung in Odenheim im Kreis Brudenlopf abgehalten wobei für den Anführer ein Franzose gemacht wurde. Zugleich wurde ein Geld an den französischen Senat abgeben um die Bestechung des letzten Odenheim. In der französischen Staatsverfassung. Diese Bestechung beträgt 24 Unteroffiziere, die einzelnen Namen sind jedoch nicht bekannt. Um weislich nur, daß zu den Hauptverrätern u. a. ein Kaufmann namens Weber in Heidelberg und ein Lehrer namens Herz in Karlsruhe, welche auch Unteroffiziere für die Franzosen im letzten halben Jahre an Odenheim vertrieben. Die Gemeindeführer wurde von der französischen Militärbehörde eingekerkert, einen Bestechungsgeld zu lassen, die Bestechungsgelder in französischen Garnisonen werden würde.

Der Staatskommissar in Rheinland.

WIB, Berlin, 4. Juni. Zum Staatskommissar für das deutsche Gebiet im Westen wurde der bisherige Regierungspräsident von Köln, von Gatz, auszuwählen. Es sollen ihm zwei von Reichsparteien angeordnete Abgeordnete als Beistand zugewiesen werden. Von einem höheren Beamten, der seinen aus dem höchsten Rheinland nach Berlin zurückgeht, ist bringt die „Deutsche Wache“, eine angebliche Schilderung, wie die sogenannte rheinische Republik gemacht wurde.

Die Franzosen haben oft gesagt, heißt es in deren Mitteilung, daß sie sich glänzend auf wirtschaftlicher Angelegenheiten verhalten. Diesmal hat es kein Beispiel, sondern nur wieder dieselbe Art von Statistiken. Charakteristisch ist, daß die Pläne nur in französischen Beziehungen angedeutet sind. Die Amerikaner erklären ausdrücklich, daß sie nur die im Sinne der belgischen preussischen Beamten und Behörden anerkennen könnten. Im übrigen dürfte der Demonstrationstreue der gesamten Arbeiterkraft im französischen Staatsgebiet den Franzosen die Augen darüber geöffnet haben, daß das rheinische Volk trotz fünf Jahren des Krieges und der Hungerplöde noch nicht so zermürbt ist, um sich durch einige Verträge und Platanenüber ein von ihr nicht gewolltes Staatsgebilde aufzulassen zu lassen.

„Durchaus einig“.

Berlin, 4. Juni. Die „Ech. de Paris“ teilt, in der Botschaft durchaus einig über den Sinn der Antwort auf die amerikanische Forderung, welche, wenn sie nicht angenommen wird, durch förmlich auszuweisen, wird. Die Botschaft wurde in der morgigen Sitzung förmlich verlesen. Man erwartet, daß die den deutschen Delegierten Ende des Monats zugewiesen werden kann.

Eine spätere Meldung aus Versailles besagt: Der Pariser Vorkommnisse zufolge erklärte der Botschaft Dienstag nachmittags die belgischen Delegierten, die in der Botschaft an die Spitze der französischen Delegation über den Verlauf der Verhandlungen veröffentlicht. Ein ganzer Artikel im „Somme Libre“ und der Bericht des „Gazette“ sind von der Kaiser geleitet. Nur einige wenige Sätze ist es auch heute gelungen, in einer Zeile anzudeuten, daß nach wie vor die Absicht besteht, grundsätzliche Verhandlungen des Vertrags anzubahnen, daß es sich höchstens um Zugeständnisse handeln könnte, welche dem Deutschland in den ausstehenden Einzelheiten machen würde.

Ja Erwartung der Ablehnung.

Das Berlin wird dem „L.“ geschrieben: Von einer politischen Gesichtspunkte, die durch ihre amliche Entscheidung und ihre sich selbst politischen Beziehungen als ganz besonders unterliegt gelten muß, erklären wir, daß gegenwärtig die Stimmung sowohl bei der Reichsregierung als auch in der politischen Fraktionen der Nationalversammlung und der verschiedenen Landesparlamente überaus ernst ist. Die am Versailles zurückgebliebenen Abgeordneten Landberg und Gieseler haben sowohl in der Reichsregierung als auch in den Vereinen vor ihrer Fraktionen keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach Ansicht der deutschen Friedensdelegation in Versailles auf ein nennenswertes Einverständnis von der Seite nicht zu rechnen ist. Man erwartet dort vielmehr für Ende dieser Woche eine ablehnende Antwort auf die deutschen Gegenangebote mit einem unzufriedenen Ultimatum für das deutsche „Ja“ oder „Nein“. Infolge dieser Auffassung haben sich sämtliche Fraktionen der Nationalversammlung, die gegenwärtig aus der Reichsregierung in Berlin zusammengekommen sind, eingehend mit der Frage beschäftigt, was zu geschehen hat, wenn die Entscheidung in der vorausgesetzten Zeit eintritt. Nach Abschluß dieser Beratungen werden voraussichtlich die Vertreter der Mehrheitsparteien gemeinschaftlich ihre einmündige Haltung festlegen. Auch die Reichsregierung hat in die nächsten Beratungen alle Eventualitäten der nächsten Tage beraten und Vorkehrungen für jeden denkbaren Fall getroffen. In der Bevölkerung der zunächst betroffenen Gebiete im Westen und Osten herrscht nach allen einlaufenden Berichten die einmündige Auffassung, daß lieber alleinig zu unterstehenden neuen Opfer und Unbequemlichkeiten getragen werden müssen, als daß das Friedensangebot der Feinde unüberbittelt unterschrieben werde.

40 spanische Universitätsprofessoren an Clemenceau.

Ungeachtet des Beschlusses der politischen Haltung Spaniens zeigen viele Kreise bei spanischen Volkes erfreulicherweise auch heute das Bestreben, sich von Einflüssen freizuhalten, die darauf ausgehen, das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem deutschen und dem spanischen Volke zu trüben. Ein Beweis hierfür, dem besondere Bedeutung zukommt, liegt in einer Kundgebung von vierzig spanischen Universitätsprofessoren und führenden Männern der Wissenschaft und Intelligenz vor. Die Kundgebung ist an Clemenceau als Vorsitzenden der Pariser Friedenskonferenz gerichtet. Darin wird die sofortige Wiederherstellung von Belgien, Luxemburg und den anderen Ländern ohne Ausnahme gefordert. Ferner wird das Verlangen ausgesprochen, daß kein Volk in seiner wissenschaftlichen Entwicklung und in seinem wohlhabenden Einfluß auf die anderen gehindert werde, ganz besonders nicht die Mittel in die Hand, die, wie namentlich das deutsche Volk, in glänzender wissenschaftlicher Fortschritt der Völker beigetragen hätten.

Sachsen vor einer Wirtschaftskatastrophe.

Dresden, 4. Juni. Dem Wirtschaftlichen in Sachsen droht eine ungeheure Katastrophe. In aufständiger Stelle wird mitgeteilt, daß es unmöglich ist, bei der Bahnverkehr, die Elektrizität, die Versorgung, die Gasversorgung und verschiedene andere mehr aufrecht zu erhalten, wenn nicht in allerhöchster Zeit eine ganz bedeutende Erhöhung der Kohlenförderung möglich ist. Zu acht bis zehn Tagen muß mit einem Stillstand des Verkehrs zu rechnen gerechnet werden, wenn die Kohlenförderung bleibt wie bisher. Bekanntlich hat der Bergarbeiterverband neue, sehr weitgehende Forderungen

Streikgelder gibt's nicht mehr.

Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, daß ein für allemal Streikgelder nicht mehr gezahlt werden, gleichgültig, auf welchen Gründen geberuft wurde.

Nach Hochverrätern in Schleswig-Holstein.

Amthil wird gemeldet: Der preussische Ministerpräsident hat an den Staatskommissar für Schleswig-Holstein Dr. Kohnen geschrieben, ihm zu sagen, daß die Staatsregierung hat erlassen, daß die Schatzkammer, die den Verurteilten zu Gunsten Dänemarks zu leisten. Die Staatsregierung empfindet es als unangehörige Verletzung aller schleswig-holsteinischen Freiheitsrechte, wenn Angehörige der heutigen Generations in dänischen Gemeinden

Willek die von dem neuen Reichstag nach zu einer Erinnerung mitteilen. Die Staatsregierung freut darauf, daß diese gemeinsamen Verträge an dem glücklichen deutschen Staat der neuen Schicksale leitet.

Rosa Luxemburgs Leiche identifiziert.

Berlin, 4. Juni. Die Leiche von Rosa Luxemburg ist identifiziert erkannt worden. Eine langjährige Sekretärin und eine Freundin von ihr bestätigten die Identität. Die Leiche wurde vom Kriegsgerichtsrat Ehrhardt zur Beerdigung freigegeben.

Teilweise Staatsbankrotterklärung in Oesterreich.

Wien, 4. Juni. (Korrespondenz.) Da bisher trotz der beharrlichen Bestrebungen der deutsch-österreichischen Regierung eine Vereinbarung über die Stellungnahme der Nationalbanken an dem Dienste der allgemeinen und der österreichischen Staatsbankrotterklärung nicht zustande gekommen ist, andererseits dem deutsch-österreichischen Staat nicht zugemutet werden kann, wenn auch nur für eine Uebergangsperiode und vorläufig, das gesamte Erfordernis für den Dienst der deutsch-österreichischen Staatsbankrotterklärung auf eigenen Mitteln zu betreiben, wird die deutsch-österreichische Finanzverwaltung die Einlösung von 5 Millionen der alten Staatsbanknoten im Juli und August eintreten, jedoch zunächst die Maßnahme, soweit bei deren Durchführung ein deutsch-österreichisches Interesse gegeben ist, zum vollen Einlösungsbetrag im Juli einzulösen.

Die neue militärische Gruppierung.

- Eine vom Reichspräsidenten, dem Reichswehrminister und dem Reichsminister für Kriegswesen, die die Regierung unterzeichnete Verordnung vom 29. Mai enthält u. a. folgendes:
1. Offiziere, Sanitäts- (Veterinär-) Offiziere und obere Beamte der Militär- und Marineverwaltung haben sich gegenseitig zu grüßen, der Jüngere und im Dienstrang Niedere den Älteren zuerst. Dasselbe gilt für Unteroffiziere unter einander. Mannschaften sind nicht zu gegenseitigem Gruß verpflichtet.
 2. Vorgesetzte, im Dienstrang Höhere und Unterbene haben sich gegenseitig zu grüßen. Der Unterbene und Rangniedere soll im Gruß vorzuziehen. Einen unfreundlichen Gruß dem Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht. Liebe sind zum Gruß verpflichtet. Die gleiche Grußpflicht besteht zwischen Angehörigen des Heeres und der Marine.
 3. Der Gruß wird von allen Heeresangehörigen in der Bewegung, im Stehen und im Gehen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung und freies Ansehen des Gesichtes ausgeführt.
 4. Heeresangehörige in Zivilkleidung grüßen nur bei Befehl Vorgesetzter usw. durch Annehmen der Kopfbedeckung.
 5. Posten stehen mit Gewehr über oder umgehängtem Gewehr still vor Offizieren, Sanitäts-, Veterinär-Offizieren, oberen Beamten der Militär- und Marineverwaltung und vor den Unteroffizieren der eigenen Kompanie (Escadron, Batterie usw.).
 6. Posten vor der Wohnung des Reichspräsidenten, des Reichsministers und des Reichsbeamten grüßen nur bei Befehl Vorgesetzter usw. durch Annehmen der Kopfbedeckung.

Deutsches Reich.

Kapitalismus und Schuld am Kriege.

Gustav Bernheim, der ehemalige Unabhängige, sagt in „Vorwärts“ in einem Aufsatz über die Schuldfrage u. a.: „Wahrscheinlich ist von allen Dingen der Verlust, die Schuld auf die sogenannten objektiven Mächte zu schieben. Nicht ganz ohne Grund, wenn man sehr tief menschliche Schwäche ausspricht, wenn sie sagen, es sei unmissverständlich, der indirekten Schuld nachzugehen, der Kapitalismus sei der eigentliche Schuldige. Marx selbst war von dieser Art „Marxismus“ weit entfernt. Der Kapitalismus als gesellschaftliche Erscheinung hat mit diesem Krieg keinen ursächlichen Zusammenhang. Sein Vorkommen war nicht das Resultat von Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung im allgemeinen. Ein Teil der Kapitalisten hat sich an der Kriegstreiberei beteiligt, andere haben sich ihr sehr entschieden ablehnend gegenübergestellt, die Klasse als ein Ganzes hat bei ihm nicht den Eindruck gegeben.“

Über 2 1/2 Milliarden Reichsmark für die Sicherheitsmaßnahmen.

Bodum, 3. Juni. In einer Besprechung mit der Stadterveraltung, des Stadtvorstandesversammlung und dem Arbeiterrat leitete der Reichskommissar Gadowing mit, daß die Sicherheitsmaßnahmen dem Reich bisher über 2 1/2 Milliarden Reichsmark gekostet haben und das Reich durchaus nicht in der Lage sei, diese Belastung zu tragen. Die Sicherheitsmaßnahme müßte allmählich vermindert und an ihre Stelle eine Einwohnerversicherung treten.

Die polnischen Truppentransporte.

Die polnischen Truppentransporte auf der Rheinbrücke-Weiden haben ihren Abschluß gefunden. Seit dem 17. April wurde das 1. polnische Armeekorps mit der 1. 2. und 3. Division über die genannte Brücke geleitet. Bei der Transporten, zu denen hauptsächlich deutsche Eisenbahnwagen benutzt wurden, die an die Entente abgegeben werden mußten, befanden sich neben zahlreichen anderen Kriegsgüter auch viele Panzer und schwere Geschütze, die letzteren meistens deutschen Ursprungs.

Die Zulassung von Wädden in allen Klassen höherer Anwesenheiten soll gestattet werden, vorausgesetzt entsprechende Vorbildung. Sie soll aber nur für besonders qualifizierte tüchtige und degene Wädden gelten und nur da, wo bestehende Wäddenschulen nicht in Frage werbehalten. Dasselbe gilt für Handels-, Post- und Gewerbebetriebe.

Aus der demokratischen Bewegung.

In Annaburg und Liebenwerda bieten die Vertreter der Demokratischen Partei Protestklammern ab, in denen diese Parteien, die sich in die Halle sprach, in die Demokratischen Parteien, die von Referenten vorgetragen, die Beschlüsse einmündig Annahme. In Liebenwerda geführte die Beschlüsse in einer besonders einträchtigen Kundgebung. Sie laud unter sehr kurzer Beteiligung von Männern und Frauen

Henny Porten lebt!

Ab Freitag, den 6. Juni im „Orpheum“, Steinweg.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Fritz Stiel-Gesellschaft.
„Die Hochzeit des Maharadscha“.
Grosse Ausstellungschau in 6 Bildern v. Berg.
Musik v. Viktor Holländer.
Kasse v. 10-12 u. 4-6.

Bad Wittekind.
Freitag, den 6. Juni 1919, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 38.
Leitung: Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise: Erwachsene 60 Ffg. Kinder 30.
Dankkarten haben Vorrang.

Hippodrom Wintergarten.
Dir.: Georg Arndt.
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr:
Herausforderungs-Boxkampf
Heisse gegen Urbansky, Polen.
Ferner ringen:
Pffaff gegen Buchheim
Urbansky gegen van der Heydt
Entscheidungs-Kampf:
Axel Schmidt gegen Jaeneck
Der Reitsport
findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönen, schattigen Garten des Wintergartens statt.
Vorzügliches Pferdmaterial.
Gute Speisen und Getränke.

Kammer-Grosse Lichtspiele
Steinstr. 23

Schmutziges Geld
EPIKUR

Ab Freitag:
Die grosse amerik. Sensation.
Nur kurze Zeit!

Apollo-Theater
Operetten-Operette
des Wiener Metropoltheaters.
Täglich abends 8 Uhr:
„Wo die Lerche singt...“
Operette v. Franz Lehár.
Sänger: Emmy Sturm a. G.
Börseplatz 9-11, 5-11.

Marktkirche.
Freitag, den 6. Juni, nachm. 6 Uhr:
Musikalische Vesper.
Ausführende: Der verstärkte Stadtsingechor,
Frl. Tilde Hochbaum (Sopran), Oscar Rebling (Orgel).
Chöre von Hirsch, Schreck, Bai, Leo u. Karl Klauer.
Lieder von Franck u. Bach. Fantasie „Komm heiliger Geist“ von Bach für Orgel.
Eintrittsprogramme zu 50 Pf. bei Heinrich Hothan und an der Kirche. h 3675/5

Thalia-Sale, Freitag, 6. Juni, 7 Uhr
Zweiter Vortragsabend
Lo **KITTAY** das telepathische Phänomen.
Gedankenübertragung - Wachsuggestion.
L. R. löst jede ihm vom Publikum gegebene Aufgabe.
Karten 5, 4, 3, 2, 1 Mk. b. Heinrich Hothan.

Ostseebad „Baabe“
Insel Rügen (zwischen Sellin und Gohren).
Sehr breiter, steinfreier und schönster Badestrand! Ausgedehntes Düngelände. Herrl. Laub- u. Nadelwald. Berühmt durch d. Badeverwaltung u. d. Ostseebäder-Verband, Berlin.

Für Wandervögel
empfehle Mandolinen Gitarren, Flauto u. Fiedler, Violina, Clarinetto etc.
Alfred Hoyer, Gasse a. S., Schiffsstr. 19, V 3758/5
Musikinstrumente und Saiten.

Stadt-Theater
Freitag, den 6. Juni 1919, Anfang 7 1/2, Ende 11 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel von Friedrich Schiller.
Sonabend:
Der Barbier von Sevilla.
Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
ca. 150 Zimmer
in einlöcher bis ganz reicher Ausattung.
Möbelfabrik
Albert Martini Nachf.
Inh. Richard Zimmer,
Halle a. S., Alter Markt.

Harmoniums
in allen Preislagen, ebenso **Orgel-Pedale** zum Ueben
G. Rich. Ritter,
Fügel- und Piano-fabrik.

Parhett
liefert, repariert, reinigt, bohrt
Högemann
Bauhof 1. - Tel. 3631.
Verkauf von echten Bohrerwands zu regulären Preisen.

Kunst-gewerbehaus
Gr. Steinstraße 11, gegenüber Most.
Geschenkartikel für 2284/5
Damen, Herren, Kinder.

Klavier-Reparatur
u. Stimmung in guter Ausführung, auch nach auswärts
Dr. Braunhaus-D. Kruse, Breite 15, 2 Tr.

Für den
Pfingst-Bedarf
Empfehlenswerte Angebote.
Damen-Bekleidung, Kinder-Bekleidung
Korsetts, Handschuhe, Strümpfe
Konfektionierte Weisswaren
Herren-Wäsche, Herren-Krawatten etc.
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse
22-23.

Vornehmes Briefpapier
mit Künstler-Federzeichnungen von Halle a. S., Block 225
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90
Antijuden-Bräu,
sichere und schnelle Hilfe durch **Bith-Jernjalbe.**
Dose Mk. 3.50.
Verband: **Orline Apotheken**, Erfurt 112.

Kochtöpfe
aus rein Aluminium in guter aller Friedensausführung sehr preiswert
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

40jähriger Erfolg!
Zur Haarpflegete

antiseptisch, belohnend, stärkend, erfrischt, schenkt **Künder-ENTZÄHNER**
verhütet den Haarausfall, verhindert die Schuppenbildung, stärkt den Haarwuchs, bebt d. Nerven.
Fl. M. 1.25, Doppelfl. M. 2.50
Oscar Ballinse u. Sohn, Post, Leipziger Str. 10, 11.

Deutschnationale Volkspartei.
Volkverein Halle und Saalkreis.
Unsere Geschäftsstelle
befindet sich jetzt h 3759/5
Alte Promenade 10
und ist vorläufig unter Nr. 6613 an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Altrenommierte Möbel-Fabrik C. Hauptmann Kleine Ulrichstr. 36a u. b.

Dauerwäsche :: Kragen
in vielen Formen u. Weiten am Lager, Vorhemden und Manschetten, Blüder und Krawatten nur vornehme Muster, besonders preiswert.
Hosen-träger in allen Preislagen. Neu ein-strotzen Gummi-Hosen-träger, Papier-Vorhemden, -Manschetten, -Kragen.
Dauer-wäsche-Vertrieb Eine Treppe rechts Ecke Sternstrasse.


Damenhüte
gerniert V 3756/5
Hutformen Reiherr
empfehltest billigst
Alfred Hoppe, 6, Kuhgasse 6.

Handkoffer
aus echt Vulkanfaser sind wieder zu haben bei
C. F. Ritter, Leipzig, Strasse 90.

Klavier-Stimmungen und -Reparaturen
werden fachmännisch ausgeführt. Stimmungen im Klavier, Mensen, Klavier und Orgel sind mit Sorgfalt besorgt und kommen nur auf Bestellung.
B. Döll, Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.